

Wahlen am 14. Oktober 2018 - Wahlprüfsteine - Parteiprogramme

Grüß Gott, liebe Landsleute,

wir, die Sudetendeutsche Landsmannschaft, sind laut unseren Statuten eine parteineutrale Vereinigung. Aber alle Organisationen nutzen Wahlen um ihre Probleme in Form von Wahlprüfsteinen an die Parteien und Kandidaten zu übermitteln und sie dazu zu befragen. Die SL-Bayern hat das nicht getan, aber darauf verwiesen, dass das der BdV für alle Mitglieder macht. Wir, als Sudetendeutsche, haben da gewisse Sonderprobleme, die es notwendig machen, eigene Prüfsteine zu versenden. Wir haben das getan und der Rücklauf, besonders telefonisch, war erstaunlich. Von mir erhaltet Ihr nachfolgend ein zusammenfassendes Resultat der Rückantworten. Die Landtagswahlen in Bayern, haben für uns eine besondere Bedeutung, weil Bayern unser Schirmland und damit, besonders zur Einforderung unserer verletzten Rechte, verpflichtet ist, auch wenn das in Vergessenheit geraten ist und wir daran erinnern müssen. Auch der Bezirkstag ist für unsere Kulturpflege sehr wichtig

Gleichzeitig habe ich die Wahlprogramme der Parteien durchforstet, was eine sehr zeitaufwendige, aber lohnende Angelegenheit war, aus der wir unseren Stellenwert bei den Parteien ersehen können. Wenn man die Wahlprogramme der letzten fünf Wahlperioden vergleicht, ist deutlich erkennbar, dass unser Stellenwert gesunken ist, was sicher etwas mit unserem Gewicht als Wählerpotential zu tun hat. Dabei scheint es keine Rolle zu spielen, dass unsere Volksgruppe durch die immer noch geltenden Vertreibungsdekrete und das menschenverachtende „Straffreistellungsgesetz“ die

in der CZ und SLO noch in Kraft sind, diskriminiert wird. Nun ist Bayern unser Schirmland und seine Parteien wären verpflichtet, die Heilung dieses Unrechts, vor wirtschaftliche Erwägungen zu stellen. Um deren Bereitschaft dazu zu ermitteln haben wir die:

Wahlprüfsteine am 15.05.2018 versandt.

Grüß Gott sehr geehrte Bewerber aus den Parteien für ein Mandat im Bayerischen Landtag 2018.

Grundgesetz Artikel 1 und 2. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Parteiübergreifend müssten diese Forderungen des Grundgesetzes Konsens sein. Sie verpflichtet alle Mandatsträger sich vorrangig für diese Rechte einzusetzen.

Diese fundamentalen Menschenrechte werden immer noch gegenüber dem „Vierten Stamm in Bayern“, den Sudetendeutschen, durch die Völkerrechts-widrigen CZ-Rassegesetze und das sogenannte Straffreistellungsgesetz, verletzt.

Über 5 Millionen Bayern haben mittlerweile auch Sudetendeutsche Wurzeln; vielleicht gehören Sie ja auch dazu. Wenn das der Fall ist, können Sie darauf stolz sein, denn Ihre Vorfahren haben in Böhmen und Mähren den blühenden Mittelpunkt von Europa geschaffen, aus dem sie 1945/1946 brutal vertrieben wurden. Sie haben ganz besonders in Bayern mit ihrem Können zum Wirtschaftsaufschwung nach dem Krieg beigetragen. Für diese Leistung wurden sie zum „Vierten Stamm in Bayern“ ernannt.

Aber nach Tschechischer Definition waren sie Vaterlandsverräter, deren Nach-kommen Sie sind. Warum? Sie

und die Sudetengebiete wurden 1918/1919 unter Missachtung des Völkerrechts vom Tschechischen Staat vereinnahmt und erst durch das, von den Alliierten geschlossene Münchner-Abkommen, dem Deutschen Reich, zugestanden.

Nach dem 8. Mai 1945 wurden ihnen durch die Neue, demokratische CSR-Regierung, per Gesetze die Menschenrechte aberkannt, sie wurden rechtlos. An ihnen wurden, ohne rechtliche Folgen, Verbrechen jeder Art, von Mord und Totschlag, bis zur Vergewaltigung verübt, und letztlich wurden sie aus der Heimat vertrieben.

Trotz aller schönen Worte, von Deutschen und Tschechischen Politikern, haben auch heute noch die Vertreibungsdekrete und das Straffreistellungsgesetz ihre Wirkung nicht verloren. Sie bestehen auch heute noch und werden sogar noch angewandt.

Das darf in der Rechts- und Wertegemeinschaft EU nicht so bleiben.

Wir wenden uns ganz bewusst an Sie und nicht nur an Ihre Partei, um Ihre persönliche Meinung, zu dem uns immer noch bedrückenden Thema, unsere Vertreibung, zu eruieren.

1. Werden Sie sich, getreu dem Artikel 1 des Grundgesetzes, dafür einsetzen, dass die, nach wie vor, durch die Vertreibung verletzte Würde der Vertriebenen wieder hergestellt wird.

Ihre Meinung: Selbstverständlich ja!

2. Werden Sie von den Vertreiberstaaten die Anwendung der Völker- und Menschenrechte, auch für die Heimatvertriebenen Deutschen, fordern.

Ihre Meinung: Ja!

3. Werden Sie sich für die Erhaltung der Kultur in den Heimatgebieten der Vertriebenen stark machen und so die Vertreibung aus der Geschichte stoppen.

Ihre Meinung: Ja!

4. Werden Sie darauf drängen, dass die immer noch offenen Eigentumsfragen gelöst werden.

Ihre Meinung: Ja!

5. Werden Sie den Nachkommen von ansiedlungswilligen Vertriebenen in der angestammten Heimat, Hilfestellung geben.
Ihre Meinung: Ja!

Name: **Dr. Jahn**
Partei: **CSU**

Vorname: **Thomas**

Dass diese Forderungen nicht utopisch sind, zeigt Ungarn, die Baltischen Staaten und sogar Rumänien und Bulgarien, die ihre Gesetzgebung geändert, Rückkehrrechte geschaffen und sogar Teilentschädigung geleistet haben oder noch leisten

Das ist eine Aktion der: STES-Studien-Gruppe-Erbland
Sudetenland

Information-Unterlagen : johann.slezak@sudeten-bayern.de

Spendenkonto: BIC: GENODEF 1M07 IBAN: DE69 7016 9464 0100 0614 76
Vermerk: STES

V i S d P G. : Johann Slezak / 81245 München / Aubing-Ost-

Antworten der CSU zu den Wahlprüfsteinen.

Eine offizielle Antwort gibt es nicht, da das „Sudetenproblem“ für die derzeitige CSU-Spitze durch die angeblich erfolgte Satzungsänderung der SL und den damit verbundenen Eigentumsverzicht der Vertriebenen gelöst ist. Bei zahlreichen Veranstaltungen und bei 16 Telefongesprächen mit meinen Parteifreunden wird auf die finanzielle Unterstützung der SL durch die Staatsregierung und auf das im Bau befindliche Sudetendeutsche Museum hingewiesen. Sowohl am Parteitag als auch in den Wahlveranstaltungen spielen die Sudetendeutschen keine Rolle. Das zeigt sich auch im Regierungsprogramm.

Aus dem Wahlprogramm 2018 der CSU bezogen auf Vertriebene

Dr. Markus Söder

Bayerischer Ministerpräsident

Regierungsprogramm

Das kulturelle Erbe von Vertriebenen und Aussiedlern wertschätzen.

Deutsche aus Russland sind keine Zuwanderer, sie sind Landsleute. Wir gründen ein Kulturzentrum für Deutsche aus Russland in Nürnberg. Das Kulturzentrum soll eine zentrale Anlaufstelle für die Deutschen aus Russland werden und Forum für ihre kulturellen Leistungen sein.

Antworten der SPD zu den Wahlprüfsteinen.

Telefonische Rückantworten mit Verweis auf die Vertriebenenempfangs mit Ehrungen im Landtag und auf das Wahlprogramm der SPD. Auch bei der SPD spielen Vertreibungsdekrete und die Eigentumsproblematik keine Rolle,

Aus dem Wahlprogramm der SPD 2018. Bezogen auf Vertriebene

PROGRAMM ZUR LANDTAGSWAHL 2018

SPD SPD SPD

**ZUKUNFT IM KOPF,
BAYERN IM HERZEN.**

Bayern

SPD

 **BAYERNSPD**
BAYERNSPD.DE

Vertriebenenpolitik: Erbe bewahren, Brücken bauen

Bayern ist nach dem Zweiten Weltkrieg für Millionen Flüchtlinge und Vertriebene zur neuen Heimat geworden. Schätzungen besagen, dass ein Viertel aller Bürger*innen des Freistaats Heimatvertriebene und deren Nachkommen sind. Heute gehören Sudetendeutsche, Schlesier*innen, Pommer*innen, Ostpreuß*innen, Banater*innen und Siebenbürger*innen wie selbstverständlich zu uns. Das Wort des Bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner (SPD) von den Sudetendeutschen als „viertem Stamm“ neben Altbaiern, Franken und Schwaben gilt längst für alle Heimatvertriebenen, gleich welcher landsmannschaftlich-geografischen Herkunft. Daher wird die BayernSPD dieses Erbe bewahren und Brücken bauen für eine gute Zukunft und die Verständigungs- und Versöhnungsarbeit weiterhin staatlich fördern.

Wir sehen es als wichtige Aufgabe an, die geschichtliche Erinnerung und das reiche kulturelle Erbe der unterschiedlichen Vertriebengruppen zu wahren. Dazu bedarf es weiterhin einer angemessenen staatlichen Förderung für die vielfältige Verständigungs- und Versöhnungsarbeit engagierter Initiativen, Verbände und Institutionen. Dazu zählen u. a. das Sudetendeutsche Museum in München, das Schlesische Schaufenster im Straubinger Herzogsschloss, das Haus der Donauschwaben in Haar, das Ostpreußen-Kulturzentrum in Ellingen sowie die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Ziel muss auch sein, die neuen Möglichkeiten nach dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Union zu nutzen und zukunftsgerichtet weitere Brücken der Erinnerung und Verständigung in die Herkunftsländer der Vertriebenen zu bauen.

Antworten der FW zu den Wahlprüfsteinen.

Keine schriftliche Antwort, aber telefonische Versicherung, dass nach wie vor die Aufhebung der Vertreibungsdekrete auf der Agenda der Freien Wähler steht und bei einer möglichen Koalition eine große Rolle spielen werden. Zahlreiche Anrufe und Kontakte, wie mit dem Bürgermeister und Landtagskandidaten von Burgkirchen, Johann Kriechbauer, dessen Scheiben Ihr nachfolgend, auszugsweise, findet.

Aus dem Wahlprogramm der FW 2018. Bezogen auf Vertriebene



Heimatvertriebene: Tradition bewahren und fördern



In der Nachkriegszeit waren Heimatvertriebene vielerorts die Gründer von FREIE WÄHLER Ortsverbänden in Bayern. Wir wissen deshalb um die Leistungen der Millionen Menschen, die hier eine „neue Heimat“ fanden und dabei halfen, Bayern zu seiner heutigen Stärke zu führen. Das Gedenken an ihre Geschichte und der Erhalt ihrer Traditionen liegen uns besonders am Herzen. Wir verstehen uns als Sprachrohr für die Anliegen der Landsmannschaften in der Politik. Beispielsweise haben wir auf bayerischer Ebene einen entscheidenden Anstoß für die Bemühungen um eine bundesweite Entschädigungsregelung für zivile deutsche Zwangsarbeiter gegeben.

Das wollen wir für Sie erreichen:

- Traditionen bewahren: Politische, kulturelle und soziale Gemeinschaft der Landsmannschaften erhalten und stärker fördern
- Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien ausbauen
- Bayerisch-tschechische Schulpartnerschaften verstärken
- Stärkere Verankerung von Geschichte, von Flucht und Vertreibung von Heimatvertriebenen und Aussiedlern in bayerischen Lehrplänen
- Aussiedler und deutsche Minderheiten im Ausland: Integration erleichtern, Brücken bauen, Kultur und Brauchtum fördern



Sehr geehrter Herr Landsmann Slezak,

zuerst einmal viele herzliche Grüße aus dem schönen Burgkirchen a.d.Alz.

Ich erlaube mir heute mich an Sie nicht als Erster Bürgermeister sondern als Privatperson an Sie zu wenden.

Da ich mich als Bürgermeister täglich mit den Vorgaben der Staatsregierung herumärgern muss, habe ich mich entschlossen für den Bayerischen Landtag zu kandidieren. Nur wer Verantwortung übernimmt kann mitgestalten.

Meine Einstellung zur Landsmannschaft und vor allem meine Haltung zu den Benesch-Dekreten ist Ihnen ja aus meinen Reden hier in Burgkirchen bestens bekannt.

. Ich will nicht, dass wir „regiert“ werden, so wie es Herr Ministerpräsident Söder so gerne formuliert, sondern ich will mit meinen Anliegen ernst genommen werden. **Dazu gehört auch, dass die Benesch-Dekrete aufgehoben werden. Der Freistaat Bayern darf sich nicht auf irgendwelche faule Kompromisse einlassen, sondern muss sich nachhaltig dafür einsetzen, dass diese Unrechtsdekrete aufgehoben werden.**

Sehr geehrter Herr Landsmann Slezak, ich bitte Sie, mich auf meinem Weg zu unterstützen. Sie haben die Möglichkeit mich mit Ihrer Zweitstimme in Oberbayern zu wählen. Ich kandidiere für Oberbayern auf der **Liste 3 FREIE WÄHLER auf Platz 8**. Unterstützen Sie mich deshalb, in dem Sie auf dem Stimmzettel für die Zweitstimme die Nr. 308 ankreuzen.

Über Ihre Unterstützung würde ich mich sehr freuen. Freuen würde ich mich auch, wenn Sie meine Bitte an möglichst viele Landsleute, Bekannte und Freunde weitergeben könnten. Ihr Johann Krichenbauer

Antworten der AfD zu den Wahlprüfsteinen.

Keine schriftliche Antwort, aber Besuch an unseren Stand am ST 2018. Kandidaten setzen sich für die Aufhebung der Dekrete Gesetze ein. Zahlreiche Anrufe und Materialversandt mit Unterstützungszusagen. Siehe Pdf-Datei.

**Aus dem Wahlprogramm der AfD 2018. Bezogen auf
Vertriebenen**



Antwort der
Bundesregierung auf



6.1.2. Wertschätzung und Pflege unserer kulturellen Wurzeln

den Wert individueller Freiheiten zu erfahren. Die angemessene Würdigung des Schicksals der Opfer, unter ihnen Millionen deutscher ziviler Opfer, ist uns ein Anliegen. Besonders sollte auf das Schicksal der Heimatvertriebenen und Aussiedler eingegangen werden. Die AfD bekennt sich zur Versöhnung und zum Frieden und fordert daher, keine Opfer zu vergessen. Vielmehr ist ihr Andenken die Basis für eine ehrliche und wirkliche Aussöhnung.

15.3. Politik für Heimatvertriebene - Politik für Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit

Die AfD Bayern fordert ein wahrheitsgemäßes Gedenken an das Schicksal der Heimatvertriebenen und eine deutliche Unterscheidung von deutschstämmigen, zwangsweise Heimatvertriebenen und illegalen Immigranten, die oft aus rein wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen.

FDP Frisches Bayern



Das Wahlprogramm der Freien Demokraten in Leichter Sprache

**Aus dem Wahlprogramm 2018 der FdP. Bezogen auf
Vertriebene**

**Keine Erwähnung im Wahlprogramm der
FDP**

**Antworten der FDP zu den
Wahlprüfsteinen.**

Antworten zu Ihren Wahlprüfsteinen.

Frage 1: Werden Sie sich, getreu dem Artikel 1 des Grundgesetzes, dafür einsetzen, dass die, nach wie vor, durch die Vertreibung verletzte Würde der Vertriebenen wiederhergestellt wird.

Das Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert ist geprägt von unvorstellbaren Grausamkeiten und Greul. Aus den dunkelsten Stunden der europäischen Geschichte haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes die Lehre gezogen, Artikel 1 GG als universales Recht für jeden Menschen festzuschreiben. Als Rechtsstaatspartei stehen wir unabrückbar zu diesem Rechtsgut und setzen uns natürlich auch für einen Dialog der Aussöhnung ein.

Frage 2: Werden Sie von den Vertreiberstaaten die Anwendung der Völker- und Menschenrechte, auch für die Heimatvertriebenen Deutschen, fordern.

Der Blick zurück kann nicht die alleinige Antwort auf die Herausforderungen des hier und jetzt sein. Schaden und Leid können auf keiner Seite wieder gut gemacht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Opfer von Krieg und Vertreibung Gerechtigkeit widerfährt und eine solche menschliche Katastrophe nie wieder passiert.

Frage 3: Werden Sie sich für die Erhaltung der Kultur in den Heimatgebieten der Vertriebenen stark machen und so die Vertreibung aus der Geschichte stoppen.

Kultur ist ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens. Daher unterstützen wir den Erhalt der Kultur, gerade auch die Kultur nationaler Minderheiten. Wichtig ist hier aber nicht nur reine Folklore, sondern ein bewusstes werben für die Kultur in allen ihren Facetten. Ebenso gehört auch die Kulturgeschichte als essentieller Bestandteil für Verständnis dazu.

Frage 4: Werden Sie darauf drängen, dass die immer noch offenen Eigentumsfragen gelöst werden.

Die Eigentumsfragen müssen nach der geltenden und jeweils gültigen Rechtslage geklärt werden. Als Rechtsstaatspartei sehen wir uns auch hier in der Verpflichtung diese Rechtsstaatlichkeit zu garantieren.

FDP Bayern - Goethestraße 17 - 80336 München

Mail: martin.hagen@fdp-bayern.de

www.fdp-bayern.de

mail@fdp-bayern.de

Das Schicksal der Vertriebenen hat mich immer sehr berührt.

Mit freundlichen Grüßen!

Dr.G.Weishäupl. Landtagskandidatin der FDP
Dr. Gabriele Weishäupl Melchiorstr. 8
81479 München
Tel. 089/7914133 Mobil 0175/670087Dr

**Aus dem Wahlprogramm 2018 der Grünen. Bezogen auf
Vertriebene**

**Die Deutschen Vertriebenen kommen darin nicht vor,
dafür die Erinnerungskultur an die Opfer der NS-Diktatur**



• Ein Schwerpunkt unserer Kulturpolitik ist die **Erinnerungskultur**, nicht etwa der alleinigen Rückschau wegen, sondern als ein Erinnern für Gegenwart und Zukunft. Eine immer wieder neu geführte Diskussion über die Frage, wie die NS-Verbrechen, wie die deutsche Kolonialgeschichte und wie deren „Aufarbeitung“ unser Selbstverständnis prägen, ist für uns unerlässlich. Deswegen wollen wir, dass alle Schüler*innen mindestens einmal mit ihrer Schule eine KZ-Gedenkstätte besuchen. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere nach Täter*innen des NS benannte Straßen und öffentliche Gebäude umbenannt werden. Die bayerischen Gedenk-, Lern- und Erinnerungsorte werden wir bedarfsgerecht ausstatten.

Antworten zu Ihren Wahlprüfsteinen.

Sehr geehrter Herr Slezak,
vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine an Bündnis 90/Die Grünen Bayern, die wir gerne auch an unsere Kandidierenden weiterleiten.

Gibt es eine Frist, bis wann Sie unsere Positionierung zu Ihren Fragen benötigen?

Leider ist keine Antwort von Kandidaten erfolgt.

Mit freundlichen Grüßen, Klemens Mair , Bündnis 90/Die Grünen Bayern, Sendlinger Str. 47, 80331 München